Protokoll

über die **Sitzung des Schulausschusses** in der Wahlperiode 2021/2026 am **Montag, dem 27.02.2023, um 18:00 Uhr**, im Rathaussaal des Rathauses in Edewecht.

Teilnehmende:

Vorsitzender
Axel Hohnholz

Mitglieder des Ausschusses
Arno Frahmann
Jürgen Kuhlmann
Jonah Wichmann
Annelene Frerichs
Lina Bischoff
Björn Görner
Roland Jacobs
Ralf Andre Krallmann

Mitglieder mit Grundmandat

Ralf Gauger	Vertreter für Herrn Thomas Apitzsch

Beratende Ausschussmitglieder

Ariane Joost	Elternschaftsvertreterin
Peter Röben	Lehrerschaftsvertreter - Vertreter des Herrn Christian Pagels

Es fehlt / Es fehlen:

Fynn Freke	Vertreter der Schülerschaft

Von der Verwaltung

Petra Knetemann	Bürgermeisterin (BMin)
Jens Schöbel	Sachgebietsleiter Bildung, Sport und Kultur (SGL)
Mesut Öztürk	Technik
Angelika Lange	Protokollführerin

TAGESORDNUNG

A. Öffentlicher Teil
1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
3. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Schulausschusses am 21.11.2022
4. Mitteilungen der Bürgermeisterin
5. Einwohnerschaftsfragestunde
6. Anpassung der Satzung über die Festlegung von Schulbezirken in der Gemeinde Edewecht
   Vorlage: 2023/FB II/3984

7. Anfragen und Hinweise
7.1. Vandalismus - Präventivmaßnahmen
7.2. Dank für gute Kommunikation
7.3. Austausch Thermostate in Schulen
7.4. Trägerschaft Astrid Lindgren-Schule
7.5. Ganztagsangebot GS Jeddeloh I und GS Osterscheps
7.6. Turnhalle Husbäke
7.7. Hol- und Bringzone Friedrichsfehn
8. Einwohnerschaftsfragestunde
9. Schließung der Sitzung

TOP 1:
Eröffnung der Sitzung

Ausschussvorsitzender (AV) Hohnholz eröffnet um 18.00 Uhr die heutige Sitzung des Schulausschusses, begrüßt alle Anwesenden und weist darauf hin, die Sitzung werde gem. § 19 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Rates für die Wahlperiode 2021/2026 mittels Aufnahmegerät aufgezeichnet. Diese Aufnahme werde nach Genehmigung des Protokolls dieser Sitzung gelöscht.

TOP 2:
Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

AV Hohnholz stellt fest, dass zur heutigen Sitzung ordnungsgemäß eingeladen wurde, der Schulausschuss beschlussfähig ist und nach der vorliegenden Tagesordnung verfahren werden soll. Hiergegen erheben sich keine Einwendungen.

TOP 3:
Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Schulausschusses am 21.11.2022

Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

TOP 4:
Mitteilungen der Bürgermeisterin

Die Mitteilungen der Bürgermeisterin sind diesem Protokoll als Anlage 1 beigefügt.

TOP 5:
Einwohnerschaftsfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

TOP 6:
Anpassung der Satzung über die Festlegung von Schulbezirken in der Gemeinde Edewecht
Vorlage: 2023/FB II/3984

BMin Knetemann führt aus, wie allseits bekannt werde auf dem Gebiet der Gemeinde Edewecht in Trägerschaft des Landkreises Ammerland das „Dorf Edewecht“ in Nord Edewecht geschaffen, weil zum Zeitpunkt der Entscheidung alle Ammerlandgemeinden und die Stadt Westerstede ob des stetigen Zuflusses Schutzsuchender verzweifelt gewesen seien. Es sei zu dem Zeitpunkt nicht möglich gewesen, ausreichend Unterbringungsmöglichkeiten für diese Menschen zu bekommen. Das Dorf Edewecht solle alle sechs Ammerlandkommunen entlasten und sei konzipiert worden, um überwiegend ukrainische Schutzsuchende aufzunehmen.

Aktuell sei mit einer Zuweisung ukrainischer Schutzsuchender in den nächsten vier Monate nicht zu rechnen. Das Land Niedersachsen habe seine Verpflichtung gegenüber dem Bund mit über 17.000 Personen übererfüllt und erhalte daher keine weiteren Zuweisungen, bis diese Übererfüllungsquote abgebaut sei. Dies gebe den Ammerlandkommunen mehr Zeit, die notwendigen Rahmenbedingungen für den Betrieb

des Dorfes Edewecht zu schaffen, hierzu zähle auch die schulrechtliche Beordnung. Das Dorf werde etwa 480 Personen aufnehmen können; nach den bisherigen Erfahrungen seien etwa ein Drittel der Personen Kinder. Diese Anzahl würde die Aufnahmekapazität der Edewechter Schulen überfordern, weshalb diesbezüglich regulierend zu gestalten sei. Durch alle Ammerlandkommunen würden zur vollumfänglichen Erfüllung der Pflichtaufgabe der Beschulung der schutzsuchenden ukrainischen Kinder entsprechende Regelungen in ihre Satzungen aufgenommen.

Nach Erläuterung der Vorlage durch SGL Schöbel begrüßt RF Bischoff namens ihrer Gruppe SPD/FDP die Beschlussempfehlung und bittet um Erläuterung, nach welchem Verfahren das Dorf sodann gefüllt werde. BMin Knetemann vermutet, die Gruppen je Bus würden nach und nach jeweils in Container der verschiedenen Schuleinzugsgebiete eingewiesen.

Auf RH Frahmanns Nachfrage wird verwaltungsseits erläutert, für die Zuweisung von Kindern in Krippen und Kindertagesstätten sei grds. der Landkreis zuständig. Hierfür gäbe es keine strikten Regelungen, weil dies u. a. auch von Arbeitsstätten und -wegen der Eltern abhänge. Einen über den derzeit prognostizierten Bedarf an Krippen- und Kita-Plätzen für die kommenden Jahre deutlich hinausgehenden Bedarf könne die Gemeinde Edewecht im Übrigen nicht decken.

Auf RH Krallmanns Frage bestätigt BMin Knetemann, die Schulbusbeförderung für die Kinder des Dorfes Edewecht sei bereits geregelt und RH Frahmanns Frage beantwortet sie dahin, dass Schulkinder weiterführender Schulen je nach bisherigem schulischen Werdegang und Ersteinschätzung im Dorf Edewecht der Besuch der einschlägigen Schulzweige auch hier eröffnet werde. Stv. Lehrerschaftsvertreter Röben ergänzt, solche Erhebungen und Einschätzungen seien bisher für alle schutzsuchenden Schüler und Schülerinnen an den jeweiligen Schulen durchgeführt worden. Die Möglichkeit zur ukrainischen Online-Beschulung werde auch im Dorf Edewecht aufgrund des dortigen Breitbandangebotes möglich sein, wird auf RH Kuhlmanns Frage berichtet.

Sodann unterbreitet der Ausschuss dem Rat über den VA folgenden

Beschlussvorschlag:
Die Satzung über die Festlegung von Schulbezirken in der Gemeinde Edewecht in der vorgelegten Fassung wird beschlossen.

- einstimmig -

TOP 7:
Anfragen und Hinweise

TOP 7.1:
Vandalismus - Präventivmaßnahmen

Unter Bezug auf die Mitteilungen der Bürgermeisterin bittet RH Frahmann um Auskunft, ob seitens der Verwaltung über entsprechende Präventions- bzw. Sicherheitsmaßnahmen nachgedacht werde.

BMin Knetemann teilt mit, ein weitergehender Objektschutz sei bislang nicht angedacht, allerdings sei vor einiger Zeit eine Videoüberwachung bestimmter kommunaler Gebäude beauftragt, die Umsetzung aber noch nicht realisiert worden. Künftig bestehe somit eine größere Chance, Täter*innen ermitteln zu können. Der aktuelle Vorfall steche durch seine große Zerstörungswut am hellichten Tag allerdings aus den bisherigen Vandalismusfällen heraus. Allgemein werde das aggressive und respektlose Verhalten Jugendlicher vermehrt wahrgenommen, weswegen gemeinsam mit der Politik über Präventions- und Abhilfeansätze nachgedacht werden müsse. SGL Schöbel berichtet von weiteren Vorkommnissen, wie bspw. Steinwürfe durch Fenster in Turnhallen während des Sportbetriebes, und regt an, zunächst in einem Arbeitskreis Lösungsansätze zu erarbeiten.

RF Frerichs Hinweis, möglicherweise könne das CTC-Präventivprogramm oder eine erhöhte Präsenz durch Polizei oder Sicherheitsdienste neben der künftigen Videoüberwachung und ggf. vermehrten Lichts die Situation entschärfen, sieht BMin Knetemann zwiespältig, denn eine lückenlose Überwachung sei kaum umsetzbar, zumal der aktuelle Vorfall zeige, dass auch Tageslicht Vandalismus nicht verhindere.

RF Frahmann weist darauf hin, das CTC-Programm diene zwar der Prävention, fraglich sei aber, ob wirklich immer Heranwachsende für solche Akte verantwortlich seien. Er vermutet, Grund für solche Ausschreitungen könne ggf. ein Gefühl gesellschaftlicher Ausgrenzung sein und hinterfragt, ob mithilfe des CTC-Programms solche Tendenzen erkannt werden könnten.

BMin Knetemann führt aus, die für das CTC-Programm notwendigen Befragungen hätten stattgefunden und eine Eröffnungsveranstaltung mit Darstellung der ersten Erkenntnisse sei für Mitte März 2023 geplant. SGL Schöbel ergänzt, diese Auftaktveranstaltung werde im Rahmen der Gebiets- und der Lenkungsgruppe durchgeführt und die Politik in der Folge hierüber informiert.

RH Kuhlmann gibt aus seiner beruflichen Erfahrung zu bedenken, einzelne über das gängige Maß hinausgehende Vandalismusexzesse sollten nicht als Grundlage allen künftigen Handelns herangezogen werden. Allein durch Präventionsprogramme ließen sich solche Vorkommnisse nicht verhindern, weshalb seiner Ansicht nach zunächst eine Aufstellung der über Kleinigkeiten hinausgehenden Vandalismusschäden im Bereich kommunaler Liegenschaften für die zurückliegenden drei bis fünf Jahre einen Überblick über die tatsächliche Gewaltintensität gewähren könne.

BMin Knetemann verweist auf die regelmäßige Berichterstattung der Verwaltung an die Politik bei solchen einschlägigen Vorkommnissen. Viele Fälle, vermutet sie, würden der Verwaltung gar nicht gemeldet, weil bspw. betroffene Vereine solche Vorkommnisse intern regulierten.

SGL Schöbel und Elternschaftsvertreterin Joost berichten aus eigener Erfahrung von Randaliererereien, Respektlosigkeit, Vermüllung und auch Drogenkonsum durch Jugendliche im Umfeld der Friedrichsfehner Schule, Kindertageseinrichtungen und Sportstätten. Viele dieser Vorfälle würden der Gemeinde Edewecht sicherlich nicht gemeldet, sondern stillschweigend intern geregelt.

TOP 7.2:
Dank für gute Kommunikation

Stv. Lehrerschaftsvertreter Röben dankt der Verwaltung für die gute Kommunikation hinsichtlich der Errichtung des Dorfes Edewecht mit den Edewechter Schulen und die gelungenen Regelungen.

TOP 7.3:
Austausch Thermostate in Schulen

Unter Bezug auf die coronabedingte Vorgabe, Klassenräume alle 20 Minuten für fünf Minuten zu durchlüften und eine Anweisung des Gesundheitsamtes, diese Vorgabe auch nach Ende der pandemischen Lage bei Krankheitsvorkommnissen durch andere Erreger beizubehalten, bittet stv. Lehrerschaftsvertreter Röben darum, in Zusammenarbeit mit den Energiemanager der Gemeinde Edewecht darauf hinzuwirken, die Thermostate in den Schulen möglichst bald gegen solche auszutauschen, die das Heizen der Heizkörper in den Lüftungszeiten unterbänden. Die derzeit verbauten Thermostate ließen dies nicht zu, weshalb auch während der Lüftungen weiter geheizt werde.

TOP 7.4:
Trägerschaft Astrid Lindgren-Schule

RH Frahmann bittet um einen Sachstand zur Trägerschaftsdebatte bzgl. der Astrid Lindgren-Schule.

BMin Knetemann berichtet, seitens des Landkreises sei hierzu noch keine abschließende Entscheidung getroffen worden. Derzeit werde vom Kreis allerdings geprüft, ob ggf. in anderen Ammerlandkommunen eine Fläche für eine neue Förderschule zur Verfügung gestellt werden könne. Für die Gemeinde Edewecht habe sie im Rahmen der Hauptverwaltungsbeamtenrunde den jetzigen Standort als auch künftigen Standort angeboten.

TOP 7.5:
Ganztagsangebot GS Jeddeloh I und GS Osterscheps

RH Frahmann bittet um einen Sachstand zur Ganztagsbetreuung an den Grundschulen Jeddeloh I und Osterscheps.

SGL Schöbel teilt mit, die Ganztagsbetreuung in Osterscheps könne mit Beginn des kommenden Schuljahres angeboten werden. Die Grundschule Jeddeloh I sei zwischenzeitlich durch Verwaltung und Schulleitung begangen und erste Wünsche der Schule seien aufgenommen worden. Da für Schulen anders als für Kindertagesstätten keine strikten Raumvorgaben bestünden, gelte es nun zu prüfen, welche räumlichen Erweiterungen dort tatsächlich für die künftige Ganztagsbetreuung notwendig seien. Sobald ein erster Vorschlag erarbeitet sei, werde dieser dem Arbeitskreis Schulentwicklung und der Politik zur weiteren Beratung vorgestellt. In diesem Zusammenhang bleibe im Übrigen abzuwarten, welche Richtlinien zur finanziellen Beteiligung seitens des Landes Niedersachsen erlassen würden. Seien die Planungen bei Bereitstellung evtl. Fördergelder sodann bereits abgeschlossen, bestehe u. U. die Chance, für die Schaffung dieses Angebotes Fördergelder akquirieren zu können.

TOP 7.6:
Turnhalle Husbäke

RF Bischoff bittet um Auskunft, wann die Husbäker Turnhalle dem dortigen Sportverein wieder zur Verfügung gestellt werden kann.

BMin Knetemann teilt mit, die für die Unterbringung Schutzsuchender notwendigen Einbauten seien bereits wieder entfernt. Derzeit werde durch das Fachamt geprüft, ob und ggf. welche Reparaturarbeiten noch durchzuführen sind. Der Verein werde über die Fortschritte regelmäßig informiert. SGL Schöbel ergänzt, voraussichtlich könnten nicht alle notwendigen Arbeiten noch in diesem Jahr erledigt, dem Sportverein die Halle dennoch relativ kurzfristig wieder für deren Nutzung zur Verfügung gestellt werden.

TOP 7.7:
Hol- und Bringzone Friedrichsfehn

RH Krallmann bittet um Auskunft, wann die Hol- und Bringzone an der Friedrichsfehner Schule zur Benutzung freigegeben wird.

Hierzu sagt BMin Knetemann eine Antwort zu Protokoll zu.

(Anmerkung der Verwaltung:
Der Bodenaustausch und die Herstellung der Schotterdecke für die provisorische Nutzbarkeit der Hol- und Bringzone sind abgeschlossen. Die Materialien für die Beschilderung und die Ordnung der Fahrspur und der Pkw-Stellplätze sind bestellt und sollen nach Lieferung umgehend montiert werden. Die Verwaltung geht davon aus, dass die Anlage spätestens zum Schulbeginn nach den Osterferien genutzt werden kann, zumal auch die zu Zuwegung von der Hol- und Bringzone zum Schulgelände bereits fertiggestellt ist.)

TOP 8:
Einwohnerschaftsfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

TOP 9:
Schließung der Sitzung

AV Hohnholz schließt den öffentlichen Teil der heutigen Sitzung um 18.44 Uhr.

Axel Hohnholz Ausschussvorsitzender	Petra Knetemann Bürgermeisterin	Angelika Lange Protokollführerin